

RICHARD HEIGL

DAS UNBEHAGEN AM STAAT

STAATSKRITIK BEI WOLFGANG ABENDROTH UND JOHANNES AGNOLI

Die Behauptung, dass «die Linke» staatsfixiert sei oder einfach nur gegen den Staat, gehört zu den gängigen undifferenzierten Allgemeinplätzen, die man getrost ignorieren kann. Nicht zu ignorieren ist die Tatsache, dass dem bürgerlichen Staat beim Übergang von einer kapitalistischen in eine nicht-kapitalistische Gesellschaft eine zentrale Funktion zukommt. So bleibt es nicht aus, dass sich seit jeher die politischen Lager im linken Spektrum darin unterscheiden, welche Rolle sie dem bürgerlichen Staat zuschreiben. Das war auch «1968» so. Damals waren Johannes Agnoli und Wolfgang Abendroth die beiden wichtigsten Bezugspersonen der westdeutschen Neuen Linken, wenn es darum ging, das Verhältnis von Staat und sozialer Bewegung zu bestimmen. Wurde Abendroth dabei zur Bezugsfigur der eher gewerkschaftsnahen «traditionalistischen» Linken, so Agnoli zum Stichwortgeber vor allem der autonom-antiautoritären Bewegung. Der Vergleich ihrer damaligen Ansätze zeigt zwar, dass Abendroth und Agnoli in vielen Fragen grundsätzlich übereinstimmten. In wesentlichen Punkten jedoch unterschieden sie sich in ihrer Haltung zum westdeutschen Staat. Schon methodisch stand Agnoli für eine eher materialistisch-strukturalistische Staatstheorie, Abendroth hingegen für eine historisch-materialistische Staatsanalyse, die heute kaum mehr in der linken Debatte präsent ist. Meiner Ansicht kann vor allem die letztere konkrete Veränderungspotenziale aufzeigen und verschiedene politische Handlungsräume verbinden.

Als erster – und lange Zeit auch einziger – Marxist auf einem westdeutschen Lehrstuhl war Abendroth ein zentraler Ansprechpartner und Mentor für die Linke in der Arbeiterbewegung und in der späteren Studentenbewegung. Vorrangig publizierte er Artikel in Zeitschriften der Arbeiterbewegung. Aber auch zwei längere Schriften erschienen, in denen er sich mit staatsrechtlichen Fragen der Bundesrepublik beschäftigte. Mit dem Soziologen Herbert Sultan publizierte er 1955 das Buch *Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie*, eine – wenn man so will – Intervention in die Programmdebatte der westdeutschen Sozialdemokratie. Und knapp elf Jahre später, 1966, erschien Abendroths berühmte Schrift über *Das Grundgesetz*, in der er die Grundzüge seiner Verfassungsinterpretation zusammenfasste.

Als Jurist analysierte Abendroth die Beratungen des Verfassungskonvents und des Parlamentarischen Rats und konnte zeigen, dass dem Grundgesetz ein historischer Klassenkompromiss zugrunde lag. Dadurch war in der provisorischen Verfassung des westdeutschen Staatsfragments bewusst die liberal-kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht festgeschrieben worden. Ihre zukünftige Gestaltung blieb vielmehr der Entscheidung des Souveräns vorbehalten. Nach Abendroth ermöglichte auch die grundgesetzlich fixierte Kombination des demokratischen und sozialen Rechtsstaats eine friedliche Durchsetzung des Sozialismus. Die Verfassungsordnung der Bundesrepublik war ihm also das wichtigste Mittel zur Stabilisierung der Machtverhältnisse, aber auch ein Instrument zu ihrer Transformation. Von daher sah er es als zentrale Aufgabe der westdeutschen Linken, das Grundgesetz zu verteidigen und in einem zweiten Schritt das Prinzip des demokratischen und sozialen Rechtsstaats für die gesamte Gesellschaft durchzusetzen.

Mit seiner klassenanalytischen und radikaldemokratischen Alternative zum Leninismus prägte Abendroth das Staatsverständnis der Neuen Linken, bis mit der antiautoritären Bewegung ab Mitte der 1960er Jahre auch ein neuer Wind durch die Theoriedebatten piffte. Mit ihren ganz anders gelagerten Generationenerfahrungen griff die antiautoritäre Bewegung lieber nach Johannes Agnolis, zusammen mit Peter Brückners erstmals 1967 erschienener Schrift über *Die Transformation der Demokratie*. Darin fand sie, was sie bei Linkssozialisten wie Abendroth vermisste. In einer frischen Sprache weitete Agnoli den Blick zu neuen Autoren und theoretischen Diskussionssträngen, suchte Wege einer aktuelleren Staats- und Gesellschaftsanalyse. Dazu passte, dass Peter Brückner im zweiten Teil des Buches die gesellschaftlichen Zusammenhänge sozialpsychologisch und psychoanalytisch diskutierte. Mit seinen Thesen zur «Transformation der Demokratie» hatte Agnoli sein Thema gefunden, das sich aus der antiautoritären Bewegung heraus entwickelte und dort breit besprochen wurde. Für ihn gab es «die klassische parlamentarische Demokratie (...) schon längst nicht mehr»; die «bürgerliche Republik», nach Engels die beste Form für die offene, unter Umständen sogar friedliche Austragung des Klassenkampfes

und des Herrschaftskonflikts» schien nicht mehr zu existieren. Damit brachte er zum Ausdruck, was damals viele bewegte: Zu beobachten war der programmatische Wandel der SPD hin zur «Volkspartei», die Bildung der Großen Koalition von CDU und SPD im Jahr 1966 und ihr gemeinsames Projekt, die antidemokratische Unterminierung des Grundgesetzes durch die Notstandsgesetze. Mithilfe des Konsumkapitalismus, mit «Sozialpartnerschaft» und dem als Wohlfahrtsstaat titulierten Sozialstaat hatte sich ein Herrschaftsmodell etabliert, mit dem sich der Rechtsstaat und die Demokratie scheinbar problemlos weiter zurückdrängen ließen.

NOTSTANDSSTAAT UND SOZIALSTAAT

Hatte jedoch Agnoli Recht, war auch die Strategie der «alten» Linken und der Linksozialisten, mithilfe des bürgerlichen Verfassungsstaates den Kapitalismus zu überwinden, hinfällig geworden. Die antiautoritäre Bewegung setzte daher eine neue Staatskritik auf die politische Agenda. Entsprechend begann Agnoli, den autoritären Notstandsstaat der Großen Koalition und die Strukturmerkmale des fordistischen Wohlfahrtsstaates zusammen zu denken. Konsumgesellschaft und Sozialstaat einerseits, repressive Innenpolitik und Rüstung andererseits, waren ihm keine entgegengesetzten Widersprüche, sondern ergaben ein stabiles Ganzes: «Der Notstandsstaat zeigt sich so als Fortsetzung und Krönung des Wohlfahrtsstaates, keineswegs als dessen Verneinung. Der Notstand wird ausgerufen, um den Wohlstand (den strukturellen Stand des gesellschaftlich verteilten Wohls) zu retten, falls «unvernünftige» und das heißt der Sache nach proletarische und proletarisierte Massen den sozialen Ausgleich durch hohe Forderungen gefährden (...) Da die soziale Befriedung genau zum Ziel hat, die Frage nach den Produktionsverhältnissen aus dem Bewusstsein zu verdrängen, bestätigt sich (und betätigt sich effektiv) die staatliche Friedensstiftung erst in der Ordnungsstiftung. Das bedeutet aber schließlich, dass der Notstandsstaat den Verfassungsstaat keineswegs zerstört, sondern nur seine Transformation krönt.» (S. 53) Dass dagegen der Notstandsstaat den Verfassungsstaat zerstöre, war die zentrale These der damaligen Anti-Notstandsgesetzbewegung, die argumentativ von Jürgen Seifert und Wolfgang Abendroth munitioniert wurde.

Agnoli wiederum betonte die antidemokratischen Kontinuitätslinien und arbeitete den inneren Zusammenhang von Notstandsstaat und Sozialstaat heraus, weil er nach den manipulativen und die Klassenherrschaft stabilisierenden Potenzialen fragte. Konsequenterweise sprach er von einer «Technik des sozialen Friedens» und setzte damit einen Interpretationsrahmen, in dem soziale Errungenschaften – und das ist ein wichtiger Unterschied zu Abendroth – nicht das Ergebnis sozialer Kämpfe waren, sondern sich, aus einer historischen Transformationsbewegung heraus ergaben. Agnolis bürgerlicher Staat blieb unter dem Strich immer Instrument des Kapitals, weil es ihm gelang, den Klassenkampf in den staatlichen Institutionen, namentlich im Parlament, zu neutralisieren. Dennoch blieb diese Gesellschaft nach innen gewaltbereit: «Diese Gesellschaft kann sich nur in einem Staat erfolgreich organisieren, in dem das Dosierungsverhältnis zwischen Gewaltanwendung der Herrscher und Zustimmung der Beherrschten jeweils wechseln kann, der Mechanismus von «Macht» und «Konsens» aber sich ständig reproduziert.» (S. 44)

Einigkeit zwischen Abendroth und Agnoli dürfte dagegen hinsichtlich der Gefahreinschätzung geherrscht haben. Etwa wenn Agnoli 1966 in der Zeitschrift *Das Argument* schrieb: «Wenn nun in beiden Fällen – dem Faschismus und der liberalen Herrschaftspraxis – das Ziel das gleiche, der Weg beidemal repressiv, die Methode allerdings einmal terroristisch, das andere Mal konstitutionell, beidemal aber manipulativ ist, so kann man schließen, dass beide Wege offenstehen, dass nur besondere Umstände und Bedingungen die bürgerliche Gesellschaft auf den Weg des Terrors zwingen. Das Kapital braucht nicht immer den Faschismus. Aber der Zusammenhang zwischen dem *repressiven* Charakter des liberalen und neoliberalen Staates und den *terroristischen* Methoden des faschistischen Staates darf nicht übersehen werden. Der liberale Staat beruht auf dem Gleichgewicht von Gewalt und Konsens (oder wie verschleiern gesagt wurde: auf Macht und Konsens). Wenn die Massen die Freiheit nicht *wollen*, braucht die Gewalt nicht angewandt zu werden. Aber sie bleibt aktuell. Die Staatsgewalt muss jederzeit die Fähigkeit bewahren, konkret zu werden.»

Mit dieser Aussage aber ließ Agnoli die Leserinnen und Leser stehen. Und damit fiel er aus Sicht der Linksozialisten in mehreren Punkten hinter die marxistische Diskussion seit der Weimarer Zeit zurück. Denn aus ihrer Sicht musste zunächst die Situation genau erörtert werden. Immer wieder betonten die Linksozialisten, dass zwischen liberaler Demokratie und Faschismus strikt zu trennen ist, weil in ihr der Rechtsstaat existierte und im Faschismus nicht. Das bedeutet einen wichtigen Unterschied in der politischen Strategiebildung. In den 1950er und 1960er Jahren lief Abendroth von Veranstaltung zu Veranstaltung und erinnerte daran, dass es ein historischer Fehler der KPD und ihrer Sozialfaschismustheorie war, diesen Unterschied nicht zu sehen. Umgekehrt sei es der Fehler der Sozialdemokratie gewesen, dass sie ihrerseits die Kommunisten aufgrund der undifferenzierten Sichtweise, die «rot» und «braun» zusammen dachte, als Bündnispartner aufgab und etatistisch allein auf den Staat und das Rechtssystem setzte – auch als dieser Staat schon in den Händen der Nazis war. Diese Fehleinschätzungen hätten letztlich den Durchmarsch der Nazis ermöglicht.

Befand man sich noch in einem demokratischen und rechtsstaatlichen Kontext, dann entschieden die realen innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse über die Durchsetzungsfähigkeit einer autoritären Staatsform und über die Militanz der Auseinandersetzung. Und das hieß konkret, dass die Kampfbereitschaft der außerparlamentarischen Bewegungen von entscheidender Bedeutung war. Während der politische Gegenspieler versuche, Macht und Konsens ins Gleichgewicht zu bringen, war es für Abendroth entscheidend, die Macht jener Klassen auszubalancieren, die den Klassenkompromiss im Grundgesetz und damit den demokratischen und sozialen Rechtsstaat in Westdeutschland trugen. Nur so versteht man das ungeheure Engagement Abendroths in den Gewerkschaften und den Protestbewegungen der außerparlamentarischen Opposition. Für ihn war mit dem Kapp-Putsch 1920 deutlich geworden, dass es vor allem die Gewerkschaften waren, die mit dem Mittel des politischen Streiks in der Lage waren, die bürgerliche Demokratie als Basis weiterer historischer Entwicklungen zu verteidigen. Zudem war es ein Konsens der antifaschistischen Widerstandsbewegung in ganz Europa, dass die Besetzung staatlicher Funktionsstellen

mit Demokraten eine zentrale Aufgabe der politischen Linken blieb, damit diese Staaten nicht mehr autoritär gewendet werden konnten. Deshalb versuchte Abendroth, so viele Linke und Demokraten wie möglich im Bildungsapparat oder in staatlichen Funktionsstellen zu plazieren – zum Beispiel, indem er Agnoli an Ossip K. Flechtheim und das Berliner Otto-Suhr-Institut weiter empfahl, wo sich Agnoli 1972 habilitieren konnte.

Für Abendroth war ein Staat in den Händen antidemokratischer Kräfte durchaus keine neue Entwicklung, sondern bedeutete eine ständige Herausforderung, der man nur begegnen konnte, wenn man die Trennung von «innerhalb» und «außerhalb» des Staates nicht akzeptierte, sondern den Staat als Ausdruck einer Gesamtgesellschaft betrachtete – ähnlich wie Nicos Poulantzas 1978 vom Staat als «materielle(r) Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen» sprach.

Für Agnoli und die antiautoritäre Bewegung ging diese Auffassung insofern am Thema vorbei, als es für sie die kämpferischen und klassenbewussten Gewerkschaften und Parteien aus Abendroths Jugend nicht mehr gab. Der wiederum sah dieses Problem durchaus. In den 1950er Jahren hatte Abendroth die SPD und die Gewerkschaften daran erinnert, dass der Modernisierungsschub die antagonistische Klassenstruktur der westdeutschen Gesellschaft nicht beseitigt habe. Natürlich waren reale soziale Verbesserungen für die westdeutschen Beschäftigten und eine Angleichung von Konsumgewohnheiten nicht zu leugnen. Objektive soziale Interessengegensätze waren aber für Abendroth keineswegs allein eine Frage des Konsumanteils, sondern mehr noch eine Frage «vor allem der Verfügungsgewalt über die Kommandohöhen der Gesellschaft». Der entscheidende Unterschied zu Agnoli blieb jedoch, dass Abendroth im Verlust des Klassenbewusstseins keine Zwangsläufigkeit sah. Es war für ihn auch nicht ausgemacht, dass es dem bürgerlichen Staat immer gelingt, die Unterschichten von der politischen Macht auszuschließen. Für ihn war es vielmehr zwangsläufig, dass ein kapitalistisches System immer wieder tiefgreifende und existenzielle Krisen produziert, die zu einer Konfliktsituation, zu Politisierung und Radikalisierung führen. Damit bieten sich aber auch immer wieder Chancen für eine demokratische Weiterentwicklung. Wichtig war deswegen, wie in diesen Momenten die Kräfteverhältnisse verteilt und wie entwickelt das Klassenbewusstsein innerhalb und außerhalb des Staates war.

Vom Standpunkt gesellschaftlicher Macht aus betrachtet konnte für Abendroth nur die Arbeiterbewegung eine Transformation in Richtung Demokratie bewerkstelligen, weil nur sie Zugriff auf den Produktionsapparat hatte, und weil sie ein Interesse an der Demokratisierung haben musste, um ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Aus seiner Sicht heraus konnten die Studenten- oder die Notstandsbewegung allein, ohne gewerkschaftliche Unterstützung, nichts bewegen. Und das war – ebenso unvermeidlich – keine theoretische, sondern eine praktische Frage: «Es wäre jedoch verfehlt anzunehmen, dies aktive Klassenbewusstsein sei in früheren Perioden – wenn man von revolutionären Krisensituationen absieht – jemals quasi automatisch aus der Situation erwachsenes Bewusstsein der Arbeitermassen gewesen. Soweit die moderne soziologische Literatur mit dieser Hypothese operiert, geht sie an den geschichtlichen Tatsachen vorbei. Klas-

senbewusstsein im Marxschen Sinne war stets das Ergebnis langen geistigen Ringens (selbstverständlich in Anknüpfung an die soziale Lage der Massen) und in entwickelter Form auf kleinere Kader der Funktionäre der Arbeiterorganisationen beschränkt, die sich zudem – im Gegensatz zu Lenins These von der Arbeiteraristokratie – vor allem aus hochqualifizierten und gutbezahlten Arbeitergruppen rekrutierten. Schon dadurch wird deutlich, dass die Hebung des sozialen Standards der Arbeitermassen an sich nicht notwendig ein Hindernis für die Wiederherstellung eines auf gesellschaftliche Veränderung gerichteten Klassenbewusstseins in diesem Sinne (und in diesen Grenzen) zu sein braucht, das die rationale Anleitung und Entwicklung der Arbeitnehmerschichten zu selbständigem Handeln als Aufgabe betrachtet.»

Man versteht Abendroth falsch, wenn man ihn als partei- oder gewerkschaftsfixiert betrachtet. Er sah vielmehr keine reale Alternative zur demokratischen Mobilisierung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Und sein Optimismus wurde dadurch gestärkt, dass er in der Arbeiterbewegung selbst aktiv blieb und so immer wieder neue Bewegungen wie die gegen die Notstandsgesetze sehen und fördern konnte.

PARTEI UND INTEGRATION

In der Auseinandersetzung des Marxismus mit seinen anti-autoritären und libertären Strömungen bildete also die Organisationsfrage auf allen Ebenen den Dreh- und Angelpunkt. Und es ging dabei um verschiedene Konzepte von Integration. Dass die sozialistischen und kommunistischen Parteien durch ihre Beteiligung an der staatlichen Gewalt nicht nur ihren oppositionellen Charakter verloren, sondern sich auch gegen die radikalen Bewegungen wandten, blieb jedoch ein zentraler Gesichtspunkt der Neuen Linken. Bewegte man sich zu tief in das Parteiensystem hinein, wurde man selbst Teil dieser Prozesse.

Einmal mehr waren sich Abendroth und Agnoli in der Einschätzung der Probleme einig. Beide kritisierten die Homogenisierung der bundesdeutschen Parteienlandschaft, den Verlust ihres antagonistischen Charakters, den beide als Treibsatz für die Demokratisierung ansahen. Die SPD als «Volkspartei», das Godesberger Programm, die große Koalition – das waren bittere Erfahrungen der radikalen Linken, die auch innerhalb der etablierten Strukturen keine Spielräume mehr sah, diesen Antagonismus zu beleben. Schon Otto Kirchheimer hatte Mitte der 1950er Jahre die Entwicklung der SPD von einer «Massenintegrationspartei» zu einer «Allerweltpartei» («Catch-All-Party») besonders scharf kritisiert. Und Agnolis Kritik an der Fokussierung auf Parlamentsarbeit und am Karrierismus war allgemeiner Konsens auf der radikalen Linken, ebenso wie die Reduktion des Klassenantagonismus auf einen Schein-Pluralismus, der systemkritische Stimmen unterdrückte. Agnolis Analyse der bundesdeutschen Parteien als «staatspolitische Vereinigungen» (S. 33) traf den Nagel auf den Kopf. Gemäß der realen Politik der parteipolitischen Spitzen jener Jahre war das Wahlvolk nur noch Gegenstand von Manipulation. Die Illusion eines offenen Wettbewerbs wurde zwar aufrechterhalten, in der Verfassungswirklichkeit jedoch gab es tatsächlich nur noch eine «plurale Fassung einer Einheitspartei» und die Inszenierung eines «parlamentarischen Spiels» (S. 37 f.).

Dennoch gab Abendroth den Kampf um den parteipolitischen und parlamentarischen Raum nicht auf. Immer wieder

betonte er, dass die Entwicklung der SPD nicht zwingend eine Einbahnstraße sei. Seine Beteiligung an der sozialdemokratischen Programmdebatte, sein Entwurf eines Gegenprogramms zum Godesberger Programm hatte das Ziel, sozialistische Ideen innerhalb der SPD lebendig zu halten, und die Vision einer Partei als eines radikal-demokratischen Kommunikations- und Handlungsraumes zu entwickeln, vergleichbar dem der SPD um die Jahrhundertwende. Auch weiterhin sah er im Parlament eine Bühne für die politische Arbeit, die man nicht kampflos aufgab. Mit viel Energie setzte er sich im Kampf gegen die Notstandsgesetze dafür ein, dass in der öffentlichen Parlamentsdebatte auch die kritischen Stimmen seitens der SPD hörbar wurden. Auch für ihn war in den 1960er Jahren nicht viel zu gewinnen, doch er wollte wenigstens die Möglichkeit einer Transformation erhalten. Nicht ohne Erfolg führte Abendroth einen Kampf um die öffentlichen Diskussionsräume, den Agnoli für verloren hielt.

Abendroths Festhalten am Akteurscharakter von Parteien musste befremden. Selbst wenn seine Argumentation, dass es zur demokratischen Mobilisierung der Arbeiterbewegung keine Alternative gab, dass diese sich organisieren müsse, und dass eine Partei eine mögliche Organisationsform sei, die man nicht einfach aufgeben könne, nachvollziehbar war, war sie auch realistisch? War es nicht aussichtsreicher, sich außerhalb der Parteien zu organisieren oder wenigstens in einem konkurrierenden und alternativ organisierten Partei-projekt?

Um die Haltung Abendroths und anderer Linkssozialisten zur Organisationsfrage und zum Staat zu verstehen, muss man beachten, dass sie einen positiven Integrationsbegriff hatten. Integration der demokratischen Kräfte auch über die Arbeiterbewegung hinaus war für sie sogar das Gegenprogramm. Die Akzeptanz sozialistischer Parteien und ihrer Programmatik, ihr wachsender Spielraum innerhalb des Staates blieb ihnen bei allen Problemen kein grundsätzlich negativer Prozess, sondern Ziel linker Politik. Die Deformation und Neutralisierung sozialistischer Parteien innerhalb eines bürokratischen Verwaltungsstaates war, so betrachtet, nicht ihrer Integration anzulasten, sondern der mangelnden demokratischen Mobilisierung ihrer Basis, die hier eine Kontrollfunktion hatte. Alternativparteien schloss Abendroth dabei nicht grundsätzlich aus. Seine Wunschvorstellung blieb aber eine große und mächtige Einheitspartei, in der unterschiedliche politische Lager zusammenarbeiten und miteinander reden mussten. So wie er auch die Einheitsgewerkschaft trotz ihrer Problematiken als Errungenschaft sah. Linke Parteien sollten sich ihm zufolge freiwillig zusammenschließen, weil sie nur durch ein geschlossenes Auftreten der drohenden Gefahr des Faschismus entgegenwirken konnten. Hier zeigen sich die politischen Konzepte und Auffassungen der europäischen Widerstandsbewegung aus den 1930er und 1940er Jahren, soweit sie die Erfahrung machen konnten, dass eine Zusammenarbeit möglich war.

Wenn Agnoli eine Integrationskraft der bürgerlichen Gesellschaft betonte, die sich sogar fundamental-oppositionelle Kräfte als «Narren der Nation» halten konnte, um die bestehende Herrschaft zu festigen, erinnerte Abendroth daran, dass die Desintegration der demokratischen Kräfte, ihre Aufteilung in Reformisten und Fundamental-Oppositionelle, dem politischen Gegenspieler letztlich zum Sieg ver helfe. Und diese Desintegration auf allen politischen Ebenen organi-

sierte die Linke ständig mit. Schon deshalb stand für ihn das Organisieren übergreifender politischer Aktionen, das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten und die Kombination unterschiedlicher politischer Felder im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen und politischen Tätigkeit.

INTERNATIONALE GEWALTVERHÄLTNISSE

Sofern sich eine gesellschaftliche Bewegung in Richtung Sozialismus innerhalb eines Staatsgebildes entwickelte, waren für ihren Erfolg auch die globalen Kräfteverhältnisse und die Entwicklungen in anderen Gesellschaften von Bedeutung. Das hatte sich Abendroth in der Revolution von 1918/19 gezeigt, aber auch die antifaschistischen Widerstandsbewegungen hatten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges erfolglos darum gekämpft, von den Siegermächten nicht um den Lohn ihrer Opferbereitschaft betrogen zu werden. Im Westen wurden, zum Teil wie in Griechenland mit Waffengewalt, eigenständige sozialistische Bewegungen unterdrückt und willfährige konservative Regierungen eingesetzt. Im Osten geschah dies unter anderen Vorzeichen gegen demokratische Akteure. Die kurze sozialistische und demokratische Renaissance Ende der 1940er Jahre wurde dabei vor allem von den Siegermächten beendet. Ein Sachverhalt, der im Übrigen die Betonung der Kontinuitätslinien der bürgerlichen Gesellschaft relativiert, denn der integrale Sozialstaat im Westen bedeutete zwar eine Effektivierung des Verhältnisses Staat-Arbeit-Kapital, war aber auch eine Rettungsstrategie vor den massiven sozialistischen Impulsen der Nachkriegsgesellschaften. Immerhin mussten selbst die wenigen sozialen Wohltaten noch erstritten werden.

Die neue, auf die Vormachtstellung der USA gestützte Hegemonie funktionierte transnational, und nur durch Blockbildung und Unterdrückung aller Unabhängigkeitsbestrebungen. Entsprechend beschreibt Agnoli in seiner Analyse auch das Innen-Außenverhältnis des bürgerlich-kapitalistischen Staates: «Die freiheitlich-demokratische Grundordnung sucht ihren Bestand im Element des sozialen Friedens zu sichern und findet ihre Bewährung im internationalen Konflikt.» (S. 21) Verblüffender Weise verfolgt aber Agnoli die internationalen Verhältnisse und die Kriegsgefahr nicht weiter. Für Abendroth ist gerade diese Dimension des Politischen ein zentrales Thema. Gerade der Kalte Krieg und die Möglichkeit einer atomaren Selbstauslöschung bedeuteten ihm, dass man die Konflikte in den Griff kriegen und die Möglichkeit des gewaltlosen Übergangs in eine sozialistische Gesellschaft offenhalten müsse.

Das Problem blieb: Ein demokratischer Wandel konnte nur durch einen demokratischen Lernprozess und durch die Aneignung der zentralen Produktionsmittel geschehen. Die Gesellschaften mussten sich aus sich selbst heraus emanzipieren. Dazu mussten sie aber unabhängig von fremden Besatzungsmächten und imperialen Interessen agieren können. Ein externer Akteur kann einer Gesellschaft nicht ihre demokratischen Lernprozesse abnehmen. Insofern ist die folgende Passage nicht nationalistisch zu verstehen, sondern als Übergangsstrategie aus einem konkret gegebenen Ordnungsrahmen heraus: «Es gehört zu den ältesten Anliegen jeder sozialistischen Bewegung, die demokratische Einheit der eigenen Nation als ein Ziel anzusehen, das in den proletarischen Internationalismus eingeordnet ist. Sozialistischer Internationalismus war immer mit der energischen Verfech-

tung der demokratischen Interessen der Nation identisch. Nicht zu Unrecht hat Rosa Luxemburg in der Junius-Broschüre darauf hingewiesen, dass die deutsche Sozialdemokratie, als sie 1914 den Sirengesängen der imperialistischen Kriegstreiber erlag, die im demokratischen Sinne nationalen Interessen Deutschlands nicht verteidigt, sondern preisgegeben hat. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands muss deshalb das zentrale Anliegen der deutschen Sozialisten und auch der sozialistischen Internationale bilden.» Doch diese deutsche Einheit war innerhalb der Blockkonfrontation hochproblematisch.

Die Schriften Abendroths und anderer Linkssozialisten der älteren Generation sind geprägt von der Angst einer Destabilisierung und einer internationalen Eskalation, die jederzeit in einen Weltkrieg münden konnte, wie etwa die Kuba-Krise 1962 verdeutlichte. Abendroths Generation hatte erfahren, dass die herrschenden Klassen anderer Staaten notfalls militärisch eingriffen und Widerstandsbewegungen auch in Europa bekämpften. Der griechische Bürgerkrieg 1946–49 war nur ein Beispiel dafür. Gleichzeitig war mit der Sowjetunion ein politischer Akteur auf dem internationalen Parkett erschienen, der sich nicht mehr um die Ergebnisse des opferreichen Zweiten Weltkriegs bringen ließ. Eine Kräfteverschiebung in Zentraleuropa konnte deswegen verheerende Folgen haben. Vor diesem Hintergrund lassen sich Agnolis Aussagen zur Rolle emanzipierender Gewalt in einem anderen Licht betrachten. Auch Agnoli wollte eine friedliche Veränderung, doch seine Schriften sind in dieser Frage pessimistisch, wenn er beispielsweise schreibt: «Nicht Brot und Spiele noch Wahlzettel, sondern die Gewalt hat im Laufe der bisherigen Geschichte soziale Kräfte der Manipulation entzogen und Freiheit verwirklicht.» (S. 30) Trotzdem öffnete er damit aber keine Argumentationslinie für Bellizisten: «(Z)ur Diskussion steht nicht die Festigung der westlichen-freiheitlichen Ordnung. Vielmehr: da politische und gesellschaftliche Emanzipation angestrebt wird, stellt sich die Aufgabe, den Mechanismus des Staates in den Aspekten durchsichtig zu machen, die den Herrschafts- und Repressionscharakter der Gesellschaft verhüllen. Und das ist auch ein Beitrag, die friedliche Transformationstendenz zur modernisierten Unterordnung hin zu unterbrechen und einen friedlichen Revolutionsprozess einzuleiten.» (S. 13)

Auch Abendroth wollte den bürgerlichen Staat aufheben, aber eben aufheben und nicht zerstören. Eine staatliche Destabilisierung unter den Vorzeichen des so genannten Kalten Krieges war ihm in jedem Fall zu vermeiden: «Kommt es zur physischen Gewalttätigkeit, so ist aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur die heutige Zivilisation am Ende, sondern sind wir selbst am Ende (...) Meine Aufgabe als Jurist ist es, diesen Waffenstillstand durch Interpretation zu festigen und zu erhalten. Meine Funktion als marxistischer Wissenschaftler ist es, in stets aktualisierter Analyse der gesellschaftlichen Machtlage zu zeigen, dass und wie es möglich ist, durch das Bewegen in diesem Waffenstillstand, in dem ich ständig diese Grundkräfte deutlich mache, ihn dazu zu nutzen, dass man ohne physische Gewalttätigkeit durch nichtphysische (aber natürlich auch) Gewalt des Klassenkampfes die Transformation aus der Klassengesellschaft heraus vollziehen kann in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft.»

Auch Abendroth war kein Pazifist, aber er ging abermals von den konkreten Gegebenheiten der 1960er Jahre aus, die ihm

seine Vorgehensweise aufzwingen. Nicht die gewaltsame Konfrontation nach innen oder außen war ihm zwangsläufig, zwangsläufig war ihm vielmehr, im Angesicht der Zerstörungspotenziale alles zu tun, damit eine gewaltsame Eskalation unmöglich wurde. Dazu durften die sozialen Konflikte von Seiten der Linken nicht gewaltsam eskalieren.

Mit dem Verschwinden der Staatssozialismen haben sich die heutigen internationalen Beziehungen und Kräfteverhältnisse zwar radikal verändert. Transnationale Kräfteverhältnisse, die ihren Ausdruck in Staatenbündnissen finden, bleiben jedoch noch immer für die Durchsetzungsfähigkeit einer nicht-kapitalistischen Gesellschaftsordnung von Bedeutung.

STRUKTURALER ODER HISTORISCHER MATERIALISMUS

Das Festhalten am Verfassungsstaat und das Beharren auf den Errungenschaften des Rechtsstaats waren für die anti-autoritäre Bewegung nicht nachvollziehbar. Sehr schön kommt der Vorbehalt gegen die Linkssozialisten bei Agnoli zum Ausdruck: «Eine solche Analyse (des Staates; RH) kann sich weder das Funktionieren des Verfassungsstaates, die Zurückführung einer schlecht gewordenen Wirklichkeit auf die reine Idee zum Ziel setzen noch dadurch den im Staate führenden Gruppen (oder denen, die zur Führung vorstoßen möchten) von Vorteil sein. (...) (D)ie moderne kapitalistische Wirtschaft braucht in der Produktion den technisch partiell ausgebildeten, aber betriebsdiszipliniert-unmündigen Arbeiter und den leicht steuerbaren Konsumenten genauso, wie der moderne Verfassungsstaat den staatstreuen, den Rahmen der Ordnung peinlich beachtenden, vertrauenden (...) unmündigen Bürger auf politischer Ebene braucht und hervorbringt.» (S. 12 f.) Das ist eine klassische Kritik in Richtung Abendroth. Doch auch der schrieb: «Die bloße Tatsache der Existenz einer demokratischen parlamentarischen Verfassung bietet also noch keine Garantie friedlicher Fortentwicklung zu einer demokratischen Gesellschaft, weil niemand gewährleisten kann, dass die privilegierten Schichten die Rechtsordnung respektieren, wenn sie es für aussichtsreich halten, in ihrem Interesse die Rechtsordnung umzudeuten oder zu vernichten.»

Agnoli und Abendroth gingen also gemeinsam davon aus, dass die Gesamtgesellschaft in den Blick zu nehmen ist. Und auch Agnoli sah Möglichkeiten, die Tendenzen zur lückenlosen Manipulation zu durchbrechen. Seine Gegenstrategie war die Agitation, die Provokation, die das Bewusstsein schafft, «eine fundamental-oppositionelle Organisation, die sich gegen die vom Verfassungsstaat geschützten Strukturen und jede Form oligarchischer Transformation wendet, stört den Betrieb und kann ihn unter Umständen zerstören. (...) Nur das organisierte Nein sprengt die Fesseln staatsbürgerlich-parlamentarischer Gleichschaltung und kann den Führungskonflikt wieder zu einem Herrschaftskonflikt ausweiten.» (S. 73 f.)

Wollte Agnoli den Konformismus bekämpfen, indem auch seine Steuerungsmittel zerstört werden, wollte Abendroth einen gesellschaftlichen Konsens überwinden, in dem Klassenkonflikte gewaltsam ausgetragen werden. Dazu waren die staatlichen Steuerungsmittel zu verändern und langfristig durch andere zu ersetzen, die rechtlichen und sozialen Privilegien waren auszuweiten und wurden dadurch aufgelöst. Die Herbeiführung gewaltsamer Konflikte konnte kein politi-

sches Ziel sein, weil die langfristige Befriedung der Klassenkämpfe auch ein Ziel der Kämpfe war. Die Linke, das zeigte nicht zuletzt der Stalinismus, war in der Wahl ihrer Mittel nicht frei, wenn sie ihr Ziel erreichen wollte. Hier zeigt sich aber auch ein handfester Generationenkonflikt: Die Widerstandskämpfer, die unter Faschismus wie Stalinismus zu leiden hatten, konnten politisch instrumentalisierte Gewalt und den damit verbundenen politischen Irrationalismus nicht akzeptieren. Aufklärung, Versachlichung, Rechtsgleichheit waren für sie unabdingbare Voraussetzungen jeder vernünftigen Gesellschaft. Es galt, den Rechtsstaat und die Demokratie als Erbe der Aufklärung und der bürgerlichen Bewegung weiterzutragen, mittels einer radikalen Realpolitik, die unnachgiebig an den revolutionären Zielen festhielt.

Dass beide, Agnoli und Abendroth, in einer Defensivsituation agierten, sieht man auch daran, dass man bei ihnen konkrete Antworten auf eine alternative Vergesellschaftung nicht findet. Sie sahen sich einer Welt ausgesetzt, in der Technokraten und Karrieristen das Ruder übernommen hatten. Agnoli brachte in die staatstheoretischen Debatten einen neuen Ansatz, der Impulse zur Formulierung eines antiautoritären Marxismusprojektes gab, das auf den fordistischen Staat reagierte. Abendroths Rolle war es, eine Analysemethode einzubringen, die sich von der materialistisch-strukturalistischen unterschied. Erstens: Abendroth bezog sich zwar auf die Kapitalismusanalyse der sozialistischen Klassiker, seine Beweisführung war aber grundsätzlich historisch und klassenanalytisch und ging weniger von theoretischen Schriften aus. Seine Begründungen waren immer historisch-konkret, seine Artikel lesen sich streckenweise wie Rechtsgutachten, in denen die streitenden Parteien über ihre Entwicklung und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten aufgeklärt werden. Zweitens: Die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse ist bei ihm immer eine von konkreten Beziehungen zwischen Menschen und Gruppen. «Kapital» und «Arbeit» sind zwar wichtige, aber abstrakte Analyse- und Denkhilfen, stehen jedenfalls nicht im Vordergrund. Drittens: Abendroths Staatsanalyse ist grundsätzlich klassentheoretisch und bewegungsorientiert. Sie geht von gesellschaftlichen Bündnissen aus und will Klassenbewusstsein schaffen, um die Klassenverhältnisse auflösen zu können.

Neben der strukturmaterialistischen Staatskritik Agnolis können wir bei Abendroth eine historisch-materialistische Analyse ausmachen. Und auch wenn sich heute die vorherr-

schenden Verhältnisse anders darstellen als in den sechziger Jahren, so sollte dieser Methode auch in der Staatskritik wieder mehr Aufmerksamkeit zukommen. Zumal in Deutschland ideengeschichtliche und philosophische Zugriffe kulturell tief verankert sind, wie Abendroth anlässlich seiner Emeritierung nochmals feststellte: «Die Sonderentwicklung der «Frankfurter Schule» z. B. beruht – auch schon am Ende der Weimarer Republik – (...) vor allem auf diesem Missverständnis des Ausklammerns der gesellschaftlichen und politischen Praxis. Marxismus bleibt auch im Geiste von Marx und Engels immer Theorie des realen Klassenkampfes. Im realen Klassenkampf kommt man nicht darum herum, dass man auch theoretische und methodologische Grundprobleme diskutieren muss. Lässt man diese methodologische Diskussion allein und verliert die Verbindung mit der Praxis, dann entwertet man sie zum lediglich esoterischen Spiel. So sehr ich diese methodologische Grunddiskussion für notwendig halte, so erforderlich ist es nach meiner Meinung, vor allem auch die realhistorische und real-soziologische wissenschaftliche Arbeit weiterzutreiben.»

Entscheidend bleibt deswegen, dass die Menschen vor Ort lernen, ihre Geschichte aus ihren konkreten Erfahrungen heraus selbst zu machen. Das unterstrich beispielsweise auch der amerikanische Historiker Harvey Goldberg in einer Vorlesung von 1974, als er formulierte: «Worum ich Sie ersuche ist, dass Sie bei jedem Problem in der Welt verstehen, dass alle involvierten Personen eine Geschichte haben. (...) Und es ist letztlich diese ihre Geschichte, die ihr Problem erklärt.»

Richard Heigl – Jahrgang 1971, Historiker, wohnhaft in Regensburg; Autor von: *Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken*, Argument-Verlag, Hamburg 2008; Maintainer des Webprojekts www.kritische-geschichte.de

Dieser Text ist erschienen in: Christoph Jünke (Hrsg.), *Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?* VSA-Verlag, Hamburg 2010, ISBN 978-3-89965-413-4, 288 Seiten, 18.80 Euro

AM 15. SEPTEMBER JÄHRT SICH ZUM 25. MAL
DER TODESTAG VON WOLFGANG ABENDROTH.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de